

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 11, November 2019

Inhalt

Aus der Rechtsprechung	2
Zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Umzugskosten	
Umzugskosten befriedigen üblicherweise einen privaten Bedarf – aber in besonders gelagerten Fällen kann dieser Bedarf durch betriebliche Belange überlagert werden und so den Vorsteuerabzug eröffnen.	2
Übertragung des Betriebsgrundstücks auf bisherige Organgesellschaft als Geschäftsveräußerung	
Eine Geschäftsveräußerung im Ganzen mit Fortführung der Geschäftstätigkeit der früheren umsatzsteuerlichen Organshaft durch eine bisherige Organgesellschaft ist auch bei der Übertragung lediglich eines Betriebsgrundstücks möglich – selbst nach bereits vollzogenem Share Deal.	3
Zur Verzinsung von Vorsteuer-Vergütungsansprüchen von EU-Unternehmern	
Im Vorsteuer-Vergütungsverfahren für EU-Unternehmer ist vorgesehen, dass der Verzinsungsanspruch entfällt, wenn der Unternehmer einer Mitwirkungspflicht nicht innerhalb eines Monats nach Aufforderung nachkommt. Der Bundesfinanzhof (BFH) setzte sich mit der Frage auseinander, unter welchen Voraussetzungen eine Mitwirkungspflicht verletzt ist.	4
Zum Begriff einer Rechnung im Sinne des § 14c Abs. 2 UStG	
Der Bundesfinanzhof (BFH) ist der Auffassung, dass unter bestimmten Umständen schon ein an Rechnungsbeträgen angebrachtes Minuszeichen vor einer Steuerschuld wegen unrichtigen Steuerausweises bewahren kann, und stützt sich dabei auf EuGH-Rechtsprechung, die die Berücksichtigung ergänzender Informationen anordnet.	5
Aus dem Ausland	6
Niederlande: Erteilung neuer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern	
In den Niederlande registrierten Einzelunternehmern wird eine neue Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt, die ab dem 1. Januar 2020 verpflichtend bei innergemeinschaftlichen Umsätzen zu verwenden ist... 6	
Türkei: Vorschlag einer Steuer auf elektronische Dienstleistungen	
Ein Gesetzesvorschlag sieht vor, eine Steuer von 7,5 Prozent auf in der Türkei generierte Umsätze von Anbietern elektronischer Dienstleistungen zu erheben – unabhängig vom Ansässigkeitsstaat.	7
Vereinigtes Königreich: Intrastat-Pflicht auch nach dem Brexit?	
Wer sich vom Brexit zumindest einen Wegfall der Intrastat-Verpflichtungen versprach, könnte enttäuscht werden: Die britischen Finanzbehörden möchten nach derzeitigem Stand das Verfahren beibehalten.	7
Service	7
Veranstaltungen.....	7
Ihre Ansprechpartner	9
Bestellung und Abbestellung	9

Aus der Rechtsprechung

Zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Umzugskosten

Umzugskosten befriedigen üblicherweise einen privaten Bedarf – aber in besonders gelagerten Fällen kann dieser Bedarf durch betriebliche Belange überlagert werden und so den Vorsteuerabzug eröffnen.

Fundstelle

BFH V R 18/18,
Urteil vom 6. Juni 2019

Der inländischen Klägerin wurde eine zentrale Führungsposition im Konzern in Hinblick auf die Gruppenstrategie und die internen Richtlinien übertragen. Damit sie diesen Aufgaben nachkommen konnte, wurden Zuständigkeiten und Funktionen vom Hauptsitz und anderen Standorten auf die Klägerin in das Inland verlagert. Erfahrene Mitarbeiter, die bis dahin am Hauptsitz und an anderen Standorten tätig waren, sollten dazu an den Standort der Klägerin versetzt werden. Mit Mitarbeitern, die bislang im Ausland tätig waren und daher erst in das Inland umziehen mussten, wurde dabei vereinbart, dass verschiedene dabei entstehende Kosten übernommen werden würden. Insbesondere sollten diese Mitarbeiter bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Haus unterstützt werden. Darum zahlte die Klägerin Maklerprovisionen aus ihr erteilten Rechnungen. Das Finanzamt meinte, dass es sich hierbei um einen täuschähnlichen Umsatz gehandelt habe (das heißt um eine Sachzuwendung neben dem Barlohn als Vergütung für die Arbeitsleistung des jeweiligen Mitarbeiters), und erhob entsprechend Umsatzsteuer nach.

Der Bundesfinanzhof (BFH) war anderer Auffassung: Die Voraussetzungen für eine entgeltliche Leistung im Rahmen eines täuschähnlichen Umsatzes hätten nicht vorgelegen. Entscheidend war für den BFH letztlich, ob die Übernahme der Kosten bei Würdigung der Umstände des Einzelfalls als (üblicher) Vergütungsbestandteil anzusehen war. Der bloße Zusammenhang mit dem Dienstverhältnis genüge nicht. Im Streitfall sollte die Kostenübernahme Konzernangestellte veranlassen, unter erheblichen persönlichen Veränderungen Aufgaben bei der Klägerin zu übernehmen. Die einmalige Vorteilsgewährung sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Arbeitsleistungen erbracht werden konnten, und sei nicht als Gegenleistung für die spätere Arbeitsleistung anzusehen. Zudem habe die Höhe der übernommenen Umzugskosten keinen Einfluss auf die Höhe des Gehalts gehabt. Wie der BFH ausführt, könnten einmalige Leistungen anlässlich der Begründung eines Arbeitsverhältnisses anders zu behandeln sein als Dauerleistungen während des Arbeitsverhältnisses.



Ebenso wenig lag nach Auffassung des BFH eine Entnahme (unentgeltliche Wertabgabe) vor. Eine solche Entnahme verlange, dass die Leistung für Zwecke erfolgt, die außerhalb des Unternehmens liegen, oder für den privaten Bedarf des Personals, sofern es sich nicht um Aufmerksamkeiten handelt. Leistungen an Arbeitnehmer, die aus dessen Sicht dessen privaten Zwecken dienen, wie zum Beispiel die Beförderung von der Wohnung zum Arbeitsplatz und die Abgabe von Mahlzeiten, könnten nur dann nicht als Entnahme zu berücksichtigen sein, wenn ausnahmsweise der persönliche Vorteil, den die Arbeitnehmer daraus ziehen, gegenüber den Bedürfnissen des Unternehmens als nur untergeordnet erscheint. Doch das sei hier infolge des Interesses der Klägerin, erfahrene Mitarbeiter des Konzerns unabhängig von deren bisherigem Arbeits- und Wohnort für den Aufbau der Klägerin rasch zu sich zu holen, der Fall gewesen. Da somit eine Entnahme ausschied, stand der Klägerin im Streitfall entsprechend ihrer Unternehmenstätigkeit der Vorsteuerabzug aus den Maklerrechnungen zu.

Wie der BFH nicht ausdrücklich sagt, aber durch Wendungen wie das „vorrangige Unternehmensinteresse“ und seine Begründung mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu einem Sonderfall der unentgeltlichen Sammelbeförderung von Arbeitnehmern zu verstehen gibt, handelt es sich um „überwiegend durch das betriebliche Interesse veranlasste Leistungen“ im Sinne des Abschnitts 1.8 Abs. 4 UStAE. Solche Leistungen sind nicht steuerbar, erlauben aber grundsätzlich den Vorsteuerabzug aus den Eingangsleistungen. Zwar war Gegenstand des Urteils der Umzug von Mitarbeitern aus dem Ausland, es ist aber kein grundlegendes Hindernis für eine Anwendung der vom BFH formulierten Grundsätze auch auf Umzüge im Inland ersichtlich.

Übertragung des Betriebsgrundstücks auf bisherige Organgesellschaft als Geschäftsveräußerung

Eine Geschäftsveräußerung im Ganzen mit Fortführung der Geschäftstätigkeit der früheren umsatzsteuerlichen Organschaft durch eine bisherige Organgesellschaft ist auch bei der Übertragung lediglich eines Betriebsgrundstücks möglich – selbst nach bereits vollzogenem Share Deal.

Fundstellen

BFH XI R 3/17,
Urteil vom 26. Juni 2019;
EuGH C-17/18 „Mailat“,
Urteil v. 19. Dezember 2018

Die Organträgerin einer umsatzsteuerlichen Organschaft (einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, GbR) verpachtete ein Grundstück, das sich in ihrem Gesamthandvermögen befand, an ihre Organgesellschaft namens H-GmbH (im Weiteren auch „Erwerberin“), die in der Produktion tätig war. Im Zuge einer komplexen mehrstufigen Veräußerung an einen österreichischen Übernehmer wurden u.a. die Anteile an der Erwerberin mehrheitlich in ein Beteiligungsvehikel übertragen, was zunächst offenbar an ihrer organschaftlichen Eingliederung nichts änderte; danach wurde die H-GmbH in eine H-GmbH & Co. KG umgewandelt. Am Tage nach der Übertragung des Beteiligungsvehikels auf die Übernehmerin wurde die Übertragung des Betriebsgrundstücks von der Klägerin an ihre frühere Organgesellschaft wirksam.

Der Bundesfinanzhof (BFH) sah die Übertragung des Betriebsgrundstücks vom früheren Organträger auf die Erwerberin als Geschäftsveräußerung im Ganzen an, und zwar ungeachtet des Umstands, dass die Organschaft bei Übertragung des Grundstücks bereits beendet worden war. Je nachdem, ob die Beendigung bereits mit der Umwandlung in eine GmbH & Co. KG oder erst mit der Übertragung der Anteile an dem Beteiligungsvehikel auf den Übernehmer erfolgt war, hatte die Organschaft bei Übertragung des Grundstücks bereits für einen Zeitraum zwischen einem Tag und (wie das erstinstanzliche Finanzgericht meinte) etwa anderthalb Wochen keinen Bestand mehr gehabt.

Bis zum Wegfall der Organschaft habe die Klägerin ein Produktionsunternehmen, nicht ein Verpachtungsunternehmen betrieben, denn der Organträger mit seiner Organgesellschaft sei als ein (1) Unternehmen zu behandeln. Aus früherer Rechtsprechung des BFH gehe hervor, dass ein Organträger, der ein an seine Organgesellschaft vermietetes Gebäude erwirbt, das Gebäude umsatzsteuerrechtlich nicht an die Organgesellschaft vermietet, sondern es durch die Organgesellschaft eigenunternehmerisch als Teil seines Unternehmens nutzt. Die Erwerberin habe mit dem Betriebsgrundstück einen unselbstständigen Teil eines einheitlichen Produktionsunternehmens erworben.

Im Streitfall habe die Erwerberin die unternehmerische Tätigkeit der Klägerin fortgeführt, und zwar absichtsgemäß völlig unverändert (ob nun völlig selbstständig oder im Rahmen einer neuen inländischen Organschaft im Gefüge des österreichischen Erwerbers, blieb offen). Das Betriebsgrundstück habe ein für die Fortführung der Tätigkeit ausreichendes Teilvermögen gebildet. Denn die Klägerin habe ihre bisherige unternehmerische Tätigkeit in wesentlichen Teilen mithilfe der Erwerberin ausgeübt. Diese habe während des Bestehens der Organschaft – mit Ausnahme des Betriebsgrundstücks – ohnehin schon zivilrechtlich über sämtliche für die Fortführung der unternehmerischen Tätigkeit erforderlichen Gegenstände verfügt. Einzig das Betriebsgrundstück sei ihr von der Klägerin zur Nutzung überlassen worden und habe im Streitfall zur Fortführung von ihr hinzuerworben werden müssen. In einer solchen Situation (Übertragung des Betriebsgrundstücks von der bisherigen Organträgerin auf die bisherige Organgesellschaft bei Beendigung der Organschaft) bilde das Betriebsgrundstück ein hinreichendes Ganzes, mit dem die bisherige Organgesellschaft nach Beendigung der Organschaft die unternehmerische Tätigkeit als selbstständige Unternehmerin unverändert fortführen kann.

Dass zwischenzeitlich die Organschaft geendet hatte, änderte nach Meinung des BFH daran nichts. Spätestens mit Übertragung der Anteile am Vehikel auf die Übernehmerin habe die Erwerberin das Produktionsunternehmen tatsächlich fortgeführt. Das Gericht konnte sogar offenlassen, wann genau im

Streitfall die Organschaft geendet hatte: Der Umstand, dass bei Übertragung des Grundstücks die Organschaft und damit die Produktionstätigkeit der Klägerin schon beendet war, sei unschädlich, weil die Klägerin in der Zwischenzeit kein Vermietungsunternehmen betrieben hatte. Denn eine Vermietung für allenfalls wenige Tage sei nicht nachhaltig.

Wie der BFH auch in diesem Fall betonte, sei bei einer Geschäftsveräußerung im Ganzen jeder Vorgang getrennt zu beurteilen. Daher seien die weiteren Transaktionen des Übertragungsvorgangs unter den zahlreichen weiteren an dem Vorgang beteiligten Personen nicht in Betracht zu ziehen, und Erwerbe von mehreren Personen dürften nicht zusammengerechnet werden.

Hinweis

Der vorliegende Sachverhalt ist von ausgeprägter Eigenart, sodass die vom BFH formulierten Grundsätze mit Vorsicht verallgemeinert werden sollten. So erwähnt der BFH in Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur mangelnden Nachhaltigkeit kurzfristiger Vermietungen, dass die Übertragung des Betriebsgrundstücks von vornherein feststand. Dennoch ist das Urteil über den Streitfall hinaus von Interesse. Der BFH grenzt den vorliegenden Sachverhalt sorgfältig von einem anderen von ihm entschiedenen Sachverhalt ab, in dem die Erwerberin eines Verpachtungsunternehmens das erworbene Gesamt- oder Teilvermögen eigenunternehmerisch nutzte: Damals hatte er sich gegen eine Geschäftsveräußerung im Ganzen entschieden. Das war hier nicht der Fall gewesen, denn auch nach Ende der Organschaft hatte die Klägerin mangels Nachhaltigkeit kein Verpachtungsunternehmen geführt. Der BFH schließt sich in seinem Urteil auch neuerer Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Urteil zu der Rechtssache „Mailat“ an, dem die Verpachtung eines gesamten Restaurants zugrunde gelegen hatte: Wenn es an einer Übereignung oder Einbringung von Gegenständen des Unternehmens gänzlich fehlt, scheide eine Geschäftsveräußerung aus.

Es sollte beachtet werden, dass der Sachverhalt im Hinblick auf die Frage der Voraussetzungen einer Organschaft nach einigen Änderungen der Rechtsprechung heute anders zu beurteilen wäre. Die Klägerin konnte jedoch Vertrauensschutz beanspruchen, sodass zwischenzeitlich erfolgte Rechtsprechungsänderungen sich nicht zu ihren Lasten auswirken durften. Aus diesem Grund sind die Ausführungen des BFH zu den Voraussetzungen der Organschaft zwischen Klägerin und Erwerberin mit Vorsicht zu genießen, weil sie – wie der BFH selbst erläutert – in wesentlichen Teilen überholt sind.

Zur Verzinsung von Vorsteuer-Vergütungsansprüchen von EU-Unternehmern

Im Vorsteuer-Vergütungsverfahren für EU-Unternehmer ist vorgesehen, dass der Verzinsungsanspruch entfällt, wenn der Unternehmer einer Mitwirkungspflicht nicht innerhalb eines Monats nach Aufforderung nachkommt. Der Bundesfinanzhof (BFH) setzte sich mit der Frage auseinander, unter welchen Voraussetzungen eine Mitwirkungspflicht verletzt ist.

Fundstellen

BFH V R 7/17,
Urteil vom 17. Juli 2019;
anhängiges Vertragsver-
letzungsverfahren C-371/19
„Kommission ./. Deutschland“

Die luxemburgische Klägerin stellte im März 2011 beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) einen Antrag auf Vorsteuervergütung, ein weiterer Antrag folgte im September desselben Jahres. Beide Anträge wies das BZSt im Juni 2012 vollständig bzw. teilweise zurück. Gegen beide Bescheide legte die Klägerin jeweils Einspruch ein, zunächst ohne diese Einsprüche zu begründen. Erst mit Schreiben vom Mai 2013 forderte das BZSt die Klägerin zu einer Begründung auf. Nach einer von der Klägerin beantragten, ihr gewährten Fristverlängerung begründete die sie ihre Einsprüche im Rahmen der verlängerten Frist. Daraufhin forderte das BZSt die Übersendung von Ausgangsrechnungen an, die die Klägerin wiederum nach beantragter und gewährter Fristverlängerung einreichte. Die Einsprüche hatten weitgehenden Erfolg, die Vergütung eines Großteils der Vorsteuer wurde im September und Oktober 2013 festgesetzt. Der Vergütungsbetrag gelangte im Oktober 2013 zur Auszahlung. Nun stellte die Klägerin einen Antrag auf die Festsetzung von Zinsen auf die nachträglich gewährte Vergütungssumme, den das BZSt zurückwies. Seiner Meinung nach war der Zinsanspruch der Klägerin wegen ihrer im Einspruchsverfahren nicht erfüllten Mitwirkungspflichten ausgeschlossen. § 61 Abs. 5 und Abs. 6 UStDV bezögen sich auch auf das Einspruchsverfahren.

Der BFH war anderer Auffassung. Seiner Auffassung nach hatte die Klägerin ihre Mitwirkungspflicht nicht verletzt. Eine solche Verletzung lag auch nicht im Umstand, dass sie ihre Einsprüche gegen die Festsetzungen zunächst nicht begründet hatte. Den einschlägigen Vorschriften zufolge solle bei der Einlegung des Einspruchs zwar angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten und seine Aufhebung beantragt wird, und es sollten die Tatsachen, die zur Begründung dienen, angeführt werden. Es würden

dadurch aber keine zwingenden Anforderungen an den Einspruch gestellt; aus einem Verstoß gegen eine bloße Sollvorschrift könne keine zu einem Rechtsverlust führende Pflichtverletzung hergeleitet werden. Hinzu komme hier, dass das BZSt der Klägerin eine Frist zur Einspruchsbegründung gesetzt hatte, der die Klägerin nachgekommen war.

Zu einer Verletzung der Mitwirkungspflicht sei es auch nicht bei der Vorlage der Ausgangsrechnungen gekommen, sodass offen bleiben konnte, ob § 61 Abs. 6 UStDV im Einspruchsverfahren zur Anwendung kommt. Die Klägerin sei der Aufforderung durch das BZSt zwar nicht binnen der vorgesehenen Monatsfrist nachgekommen, aber das BZSt hatte der Klägerin auf deren Antrag eine Fristverlängerung gewährt, die diese auch eingehalten hatte. Die in § 61 Abs. 6 UStDV vorgesehene Frist sei jedenfalls keine nicht verlängerbare Ausschlussfrist. Es sei auch nicht einsichtig, weshalb eine erst durch eine Handlung einer Finanzbehörde in Lauf gesetzte Frist nicht von ebendieser Finanzbehörde verlängert werden können sollte. Der BFH stützt diese Auffassung zudem auf den Wortlaut der Richtlinie und auf hierzu ergangene EuGH-Rechtsprechung.

Hinweis

So vorteilhaft sich dieses Urteil im Einzelfall auch auf die Verzinsung auswirken kann, so negativ könnte es sich auf die Bereitschaft des BZSt zumindest im EU-Vergütungsverfahren auswirken, noch Fristverlängerungen zu gewähren. Noch weniger als schon bislang sollte man es daher darauf ankommen lassen, auf Fristverlängerungen angewiesen zu sein. Daher sollten Anfragen des BZSt möglichst ohne vermeidbaren Zeitverlust bearbeitet werden, auch professioneller Rat sollte bei Bedarf zeitnah eingeholt werden.

In diesem Zusammenhang sei auf ein gegen Deutschland eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren verwiesen. Nach Auffassung der Kommission weigert sich Deutschland systematisch, die in einem Antrag auf Mehrwertsteuer-Erstattung fehlenden Angaben anzufordern. Stattdessen weise Deutschland die Erstattungsanträge in diesen Fällen unmittelbar ab, wenn solche Angaben nur noch nach der Ausschlussfrist des 30. September nachgereicht werden könnten. Damit meint die Kommission offenbar den Umstand, dass bestimmte Angaben, die im Antrag selbst zu machen sind, nach Ablauf der Ausschlussfrist nur unter besonderen, engen Umständen noch wirksam nachgereicht oder richtiggestellt werden können, während ihr Fehlen oder ihre unzureichende Aussagekraft im Übrigen aber zu einer Abweisung des Antrags führen können. Ob auch Drittlandsanträge von der Klage erfasst sind, ist unklar. Das Urteil könnte auch im Hinblick auf die in dem vorliegenden BFH-Urteil aufgegriffenen Fragen von Interesse sein.

Zum Begriff einer Rechnung im Sinne des § 14c Abs. 2 UStG

Der Bundesfinanzhof (BFH) ist der Auffassung, dass unter bestimmten Umständen schon ein an Rechnungsbeträgen angebrachtes Minuszeichen vor einer Steuerschuld wegen unrichtigen Steuerausweises bewahren kann, und stützt sich dabei auf EuGH-Rechtsprechung, die die Berücksichtigung ergänzender Informationen anordnet.

Fundstellen

BFH XI R 5/18,
Urteil vom 26. Juni 2019;
EuGH C-516/14 „Barlis 06“,
Urteil v. 15. September 2016

Der Kläger war Insolvenzverwalter einer Firma X, die mit ihrem Lieferanten – einer Firma Y – eine „Jahres-Konditionsvereinbarung 2006“ abgeschlossen hatte, die unter anderem Angaben zu „Bonuszahlungen“ und darauf zu leistende Abschlagszahlungen enthielt. Gegen Jahresende erfolgte eine Vergütung gemäß hochgerechnetem Umsatz abzüglich unterjähriger Abschlagszahlungen, nach dem Jahreswechsel erfolgte eine Endabrechnung. Hinzu kamen Werbeleistungen von X an Y, für die Y „Werbekostenzuschüsse“ gemäß Vereinbarung entrichtete. Die Abrechnungen wurden von X erstellt und Y zugeleitet. Die Beträge wiesen jeweils ein Minuszeichen auf. Die Firma Y zog die in den oben genannten „Belastungen“ genannten Beträge als Vorsteuer ab. X meldete die in den „Belastungen“ genannten Beträge in seiner Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2006 an und führte die Beträge an das Finanzamt ab.

Bei Y kam es im Jahr 2014 zu einer Sonderprüfung; das Finanzamt der Y war der Auffassung, dass die „Belastungen“ sowohl Werbeleistungen als auch Entgeltsminderungen betrafen. Da X jedoch in den „Belastungen“ Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen habe, schulde X für den Besteuerungszeitraum 2006 (offenbar, soweit es Entgeltsminderungen betraf) Steuer nach § 14c Abs. 2 UStG. Das Finanzamt der X war aber anderer Meinung: Die „Belastungen“ seien keine Rechnungen im Sinne von § 14c UStG, da sie nicht der Abrechnung von Leistungen dienten, sondern weiter nichts als kaufmännische Gutschriften seien. Darum weigerte sich das Finanzamt auch, einem Antrag der X auf Berichtigung eines Steuerbetrags nach § 14c Abs. 2 UStG zuzustimmen.

Das erstinstanzliche Finanzgericht hielt dagegen: Es sei zwar über Werbeleistungen von X an Y abgerechnet worden, aber – entgegen dem Eindruck, den die „Belastung“ erwecke – nicht im abgerechneten Umfang. Dem Finanzgericht genüge im Ergebnis für eine Steuerschuld nach § 14c Abs. 2 UStG eine Leistungsbeschreibung, die es als widersprüchlich ansah, sodass im Hinblick auf den überschießenden Betrag, dem keine Leistung zugrunde liege, die ausgewiesene Steuer nach § 14c Abs. 2 UStG geschuldet werde.

Der BFH war damit nicht einverstanden. Die in den „Belastungen“ ausgewiesenen Steuerbeträge lösten seiner Meinung keine Steuerschuld nach § 14c Abs. 2 UStG aus. Das Finanzgericht habe es unterlassen, zur Auslegung der „Belastungen“ insgesamt die Jahreskonditionsvereinbarung heranzuziehen. Anhand dieser Vereinbarung, so der BFH, hätte dem Finanzgericht auffallen müssen, dass der Inhalt der „Belastung“ sowohl Werbeleistungen von X an Y als auch ein (von Y an X zu zahlender) „Bonus“ (Rückvergütungen, Rabatte u. Ä.) waren. Bei den Letzteren handelte es sich um kaufmännische Gutschriften und somit nicht um Rechnungen nach § 14c Abs. 2 UStG.

Unabhängig davon habe das Finanzgericht zu Unrecht angenommen, dass X in Teilen zunächst Umsatzsteuer nach § 14c Abs. 2 UStG geschuldet habe, weil X in den Belastungen keine positiven, sondern – ausweislich der Minuszeichen – negative Beträge offen ausgewiesen habe. Einen offen ausgewiesenen negativen Betrag könne X weder als unrichtigen noch als unberechtigten Steuerausweis schulden. Was im Fall einer Gutschrift hätte gelten können, war im Streitfall nicht zu entscheiden.

Hinweis

Der Sachverhalt führt zunächst eindringlich vor Augen, dass Abrechnungspapiere aller Art in einer Weise gestaltet werden sollten, die der Interpretation möglichst wenig Raum lassen.

Der BFH stützt sich für seine Auslegung auf die Jahreskonditionsvereinbarung, die er nicht zuletzt unter Verweis auf die „Barlis 06“-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in seine Entscheidung einführt. Nach der EuGH-Rechtsprechung im Urteil „Barlis 06“ darf sich die Steuerverwaltung nicht auf die Prüfung der Rechnung selbst beschränken, sondern hat auch die vom Steuerpflichtigen beigebrachten zusätzlichen Informationen zu berücksichtigen. Dass der BFH sich insofern nicht auf den aus der „Belastung“ ersichtlichen Verweis auf die Vereinbarung beschränkt, ist ermutigend – wenngleich auch noch nicht völlig feststeht, dass der BFH diese Rechtsprechung auch bei fehlendem Verweis heranziehen würde.

Aus dem Ausland

Niederlande: Erteilung neuer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern

In den Niederlanden registrierten Einzelunternehmern wird eine neue Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt, die ab dem 1. Januar 2020 verpflichtend bei innergemeinschaftlichen Umsätzen zu verwenden ist.

Fundstelle

BMF-Schreiben vom 22. November 2019

Die den Einzelunternehmern bisher erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID) wird ab dem Zeitpunkt der Umstellung zum 1. Januar 2020 ungültig. Andere niederländische USt-ID sind nach den Angaben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) nicht betroffen.

Die deutsche Finanzverwaltung hat bereits reagiert: Ab dem 1. Januar 2020 müssen in Deutschland registrierte Unternehmer für alle innergemeinschaftlichen Umsätze mit einem in den Niederlanden registrierten Einzelunternehmer grundsätzlich dessen neue – ab dem 1. Januar 2020 gültige – niederländische USt-ID verwenden. Für die Zeit bis zum 31. Dezember 2019 ist die vor der Umstellung gültige USt-ID zu verwenden. Wird eine Leistung bis zum 31. Dezember 2019 erbracht, die Rechnung aber erst später ausgestellt, kann entweder die alte oder die neue USt-ID verwendet werden.

In Deutschland registrierten Unternehmern, die Liefer- und Leistungsbeziehungen mit niederländischen Einzelunternehmern haben, empfiehlt das BMF, rechtzeitig vor Ausführung der ersten Leistung im Jahr 2020 von diesen die neue USt-ID zu erfragen. Wie das BMF weiter ausführt, werden mit dem Jahreswechsel die alten USt-ID nicht mehr im Bestätigungsverfahren nach §18e UStG bestätigt. Darum empfiehlt das BMF, Bestätigungsanfragen zu niederländischen Unternehmen für Umsätze vor dem 1. Januar 2020 vor Ablauf des Jahres 2019 durchzuführen. In Zusammenfassenden Meldungen für Meldezeiträume ab Januar 2020 seien zwingend die neuen Umsatzsteuer-Identifikationsnummern anzugeben, andernfalls könne es zu

Beanstandungen und gegebenenfalls zur Versagung der Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen oder innergemeinschaftlicher Dreiecksgeschäfte oder zur Versteuerung innergemeinschaftlicher sonstiger Leistungen kommen.

Hinweis

Vor allem sollten auch Fälle innergemeinschaftlicher Dreiecksgeschäftsgeschäfte (besonders mit dem in den Niederlanden registrierten Unternehmer als Mittelperson) sowie Einfuhrumsatzsteuerbefreiungen nach Verfahren 42 nicht übersehen werden. Auch deutsche Unternehmer, die in den Niederlanden steuerlich erfasst und von der Maßnahme der niederländischen Finanzverwaltung betroffen sind, sollten - nach Maßgabe des niederländischen Umsatzsteuerrechts - nötige Schritte einleiten und ihre Systeme anpassen. Anpassungsbedarf könnte es nicht zuletzt für in den Niederlanden steuerbare Umsätze geben.

Türkei: Vorschlag einer Steuer auf elektronische Dienstleistungen

Ein Gesetzesvorschlag sieht vor, eine Steuer von 7,5 Prozent auf in der Türkei generierte Umsätze von Anbietern elektronischer Dienstleistungen zu erheben – unabhängig vom Ansässigkeitsstaat.

Für die Besteuerung ist derzeit eine Jahresumsatzschwelle von 20 Millionen türkischer Lira (circa 3.150.000 Euro) in der Türkei bzw. von 750 Millionen Euro weltweit im Gespräch; unterhalb dieser Schwellen ist eine Befreiung möglich. Sollte der Gesetzesvorschlag angenommen werden, wird das Gesetz am dritten Monat nach Inkrafttreten anwendbar. Nach dem Entwurf in seiner derzeit vorliegenden Form bezieht sich die Besteuerung auf Umsätze aus Werbung und bestimmten damit verbundenen Dienstleistungen über eine digitale Schnittstelle; auf die Zurverfügungstellung und den Betrieb digitaler Schnittstellen, die es Usern erlauben, miteinander in Kontakt zu treten, auch zum Zweck der Lieferung von Gegenständen und von Dienstleistungen; auf Dienstleistungen, die dazu beitragen, dass auf elektronischen Geräten digitaler Content angehört, angesehen, abgespielt oder aufgenommen werden kann, sowie den Vertrieb solchen Contents auf digitaler Grundlage; auf Vermittlungsleistungen, die solche Dienstleistungen vereinfachen. Für jede dieser Kategorien sieht der Entwurf besondere Regeln vor, um zu bestimmen, ob eine Dienstleistung im Sinne dieses Gesetzes als in der Türkei ausgeführt gilt. Bei in der Türkei nicht ansässigen Unternehmen scheinen Personen, die die elektronischen Dienstleistungen zahlen, oder Zahlungsabwickler für die Steuer haften zu können. Es sind für bestimmte Leistungen Steuerbefreiungen vorgesehen.

Vereinigtes Königreich: Intrastat-Pflicht auch nach dem Brexit?

Wer sich vom Brexit zumindest einen Wegfall der Intrastat-Verpflichtungen versprach, könnte enttäuscht werden: Die britischen Finanzbehörden möchten nach derzeitigem Stand das Verfahren beibehalten.

Fundstelle

www.uktradeinfo.com

Unternehmen, die derzeit bereits Intrastat-Meldungen abgeben, könnten (zusätzlich zu den Einfuhrbestimmungen) auch nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zur Abgabe solcher Meldungen verpflichtet bleiben. Dazu, ob auch die EU für Warenbewegungen nach und aus dem Vereinigten Königreich dieses Verfahren beizubehalten gsinnt ist, ist noch nichts bekannt geworden.

Service

Veranstaltungen

Webcast „Quick Fixes“

3. Dezember 2019, 9:00 bis 10:30 Uhr

Nachdem der Bundestag zwischenzeitlich den Gesetzentwurf zur Umsetzung der „Quick Fixes“ in nationales Recht angenommen hat, steht der Entwurf derzeit auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesrats am 29. November 2019. Wir möchten diesen Anlass dazu nutzen, Sie über alle Neuigkeiten zur Umsetzung der „Quick Fixes“ zu informieren, insbesondere den Stand der Umsetzung in den anderen EU-Mitgliedstaaten sowie die zuletzt noch offenen Fragestellungen.

Weitere Informationen unter <https://www.pwc-events.com/quickfixes>

Umsatzsteuer 4.0 – Optimieren Sie Ihr Umsatzsteuermanagement mit Hilfe aktueller Technologien

9. Dezember 2019, München

11. Dezember 2019, Frankfurt am Main

Die Veranstaltung richtet sich an Leiter Steuern, Leiter Rechnungswesen, Mitarbeiter der Steuerabteilungen, des Rechnungswesens und der IT von Unternehmen aller Größenordnungen, die mit ERP-Systemen wie SAP arbeiten und Interesse an der automatisierten IT-seitigen Abbildung von umsatzsteuerlichen Sachverhalten haben. Neben Möglichkeiten der Optimierung der Steuerfindung mit Hilfe von VAT Add-on stellen wir Ihnen Datenaufbereitungs- und Analyselösungen vor, die im Umsatzsteuerbereich unterstützen können. Daneben erfolgt eine Vorstellung von Indirect Tax Edge, der neuen globalen Compliance-Lösung von PwC.

Weitere Informationen unter www.pwc-events.com/umsatzsteuer-optimieren

Webinar „Zoll und Außenhandel – die digitale Zukunft“

9. Dezember 2019, 16:00 Uhr

Wir behandeln die Themen: Herausforderungen in der Praxis; Zoll- und Außenhandel innerhalb der logistischen Kette – eine SAP-Live-Demo; Best-Practice-Tools.

Wir freuen uns besonders auf unseren Gast-Referenten *Kai Seela, Senior Director der SAP Deutschland* zum Thema „Außenhandel der Zukunft“.

Weitere Informationen unter www.pwc-events.com/zoll-und-aussenhandel

Tax – Ready for SAP S/4HANA

5. Dezember 2019, Düsseldorf

10. Dezember 2019, Hannover

22. Januar 2020, Hamburg

28. Januar 2020, Frankfurt am Main

5. Februar 2020, München

11. Februar 2020, Berlin (neuer Termin!)

Die Veranstaltung richtet sich an Leiter Steuern, Leiter Rechnungswesen, Mitarbeiter der Steuerabteilungen, des Rechnungswesens und der IT von Unternehmen aller Größenordnungen die planen, SAP S/4HANA einzuführen oder bereits mit einem derartigen Projekt beschäftigt sind und dabei steuerliche Aspekte berücksichtigen wollen.

Weitere Informationen unter www.pwc-events.com/sap-s4hana

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2020

6. Februar 2020, Düsseldorf

11. Februar 2020, München

12. Februar 2020, Nürnberg

18. Februar 2020, Köln und Stuttgart

26. Februar 2020, Hamburg

2. März 2020, Berlin

5. März 2020, München und Stuttgart

10. März 2020, Leipzig

11. März 2020, Frankfurt am Main

17. März 2020, Berlin, Hamburg und Köln

18. März 2020, Düsseldorf

24. März 2020, Mannheim und Essen

25. März 2020, Hannover und Freiburg

2. April 2020, Frankfurt am Main

Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen in diesem Jahr auf folgenden Themen:

- Tax CMS in der Umsatzsteuer: Was ist zu tun? Welche Vorteile bietet das?
- Besteuerung der Leistung: Warum nicht jeder Vorgang Umsatzsteuer auslöst
- Rechnung mit Umsatzsteuer und trotzdem kein Vorsteuerabzug? Wo Risiken drohen
- Gruppenbesteuerung statt Organschaft: Was kann die Zukunft bringen?
- Weitere Neuigkeiten inklusive Update zu Quick Fixes und Blick ins Ausland

Daneben werden wir im Rahmen der Veranstaltung flexibel weitere aktuelle Entwicklungen aus Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung aufgreifen und diskutieren.

Weitere Informationen unter www.pwc-events.com/AzU2020

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Düsseldorf/Köln/Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

Frankfurt am Main

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg

Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Stuttgart

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

M&A

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an: SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Abbestellung“ an: UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© November 2019 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de